

Zeitschrift: Berner Schulblatt
Herausgeber: Bernischer Lehrerverein
Band: 110 (1977)
Heft: 7

Heft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 20.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Organ des Bernischen Lehrervereins
110. Jahrgang. Bern, 18. Februar 1977

Organe de la Société des enseignants bernois
110^e année. Berne, 18 février 1977

Zum Brief der Primarlehrerschaft der Stadt Thun
über die neue Pflichtlektionen-Verordnung im «Berner Schulblatt» Nr. 1/2 vom 14. Januar 1977

Der Brief der Primarlehrerschaft der Stadt Thun darf nicht einfach stillschweigend hingenommen werden, da einzelne Punkte daraus irreführend sind.

Zu Punkt 1: Was heisst «Fachlehrerunterricht»? Doch wohl, dass ein Lehrer in einer Klasse ein bis höchstens drei Fächer unterrichtet. Das würde heissen, dass eine Primarschulklasse von mindestens vier Lehrern unterrichtet würde. Wird dies in Thun aufgrund der neuen Regelung tatsächlich nötig sein?

Zu Punkt 2: Dass nur die Führung einer Klasse in allen Fächern dem jungen Lehrer das Hineinwachsen in seinen Beruf sichert, ist nicht wahr. Wir kennen viele Kollegen, die, bevor sie an eine volle Stelle gewählt wurden, Hilfslehrerstellen mit z.B. acht oder zwanzig Lektionen pro Woche versahen und die diese Anlaufzeit sehr wertvoll fanden. Gründe: Anlaufschwierigkeiten sind besser verteilt, das Einarbeiten in die Fächer erfolgt gestaffelt, man kann auch an etwas anderes als an die Schule denken, usw.

Zu Punkt 3: Hier scheint es sich zu zeigen, dass der journalistische Aufwand der Thuner der Verteidigung der Bastion «Portemonnaie» gilt.

Zu Punkt 4: Wer beweist uns, dass der regierungsrätliche Beschluss nicht überall durchführbar ist? Viele Mittelschulen, die bereits bis anhin solche Probleme hatten (d.h. nicht alle Lektionen der Stundentafel konnten von definitiv angestellten Lehrern übernommen werden), mussten und konnten diese Schwierigkeiten recht gut lösen. Warum sollte dies nicht auch den Primarschulen möglich sein? Gerade in städtischen Verhältnissen sollte dies leicht möglich sein.

Wir sind allgemein der Ansicht, dass die neue Verordnung des Regierungsrates über die Beschränkung der Zusatzlektionen nicht der Weisheit letzter Schluss ist, dass sie aber durchaus akzeptabel ist und vielen Neupatentierten eine Möglichkeit gibt, den erlernten Beruf (beschränkt) auszuüben.

U. Baumgartner/E. Stalder

Lehrer an der Sekundarschule Hindelbank

gehend diskutiert. Die zahlreich erschienenen Teilnehmer beschlossen einstimmig, die Neuerungen entschieden abzulehnen und zwar aus folgenden Gründen:

– Es ist unverständlich, dass in einer so bedeutenden Angelegenheit die Lehrerschaft keiner Mitsprache gewürdigt wurde. Das Vorgehen des Regierungsrates scheint unserer demokratischen Ordnung nicht zu entsprechen. Wie würde wohl eine andere Gewerkschaft auf eine derart einschneidende Massnahme reagieren?

– Ausserdem ist es sehr fraglich, ob sich die abgeänderte Verordnung in unserer Region verwirklichen lässt. Eine zusätzliche Lehrstelle könnte zwar geschaffen werden. Dabei verteilen sich die 26 Schulstunden – die Dorfschule Meiringen ausgenommen – wie folgt auf nachstehende Schulhäuser:

Gadmen	5	Guttannen	4
Fuhren	2	Willigen	1
Nessental	5	Brünigen	2
Innertkirchen	4	Hochfluh	3

Ein Kartenausschnitt (Wanderkarte Oberhasli 1:50000) liegt bei.

Würde einer der stellenlosen Lehrer oder Lehrerinnen unsere Stelle einer anderen Beschäftigung vorziehen? Wäre durch die «Hilfsmassnahmen in grossem Stil» («Der Bund» Nr. 16/77) auch unserer Region geholfen?

– Seit dem Sommer 1976 sucht die Sekundarschule Meiringen eine Lehrerin (volle Stelle ohne besondere Ansprüche). Ausserordentlich schwer fällt es indessen, Stellvertreter fürs Oberhasli ausserhalb der eigenen Gemeinde zu finden, sowohl für Primar- wie auch für Sekundarschule. Einzelne Beispiele anzuführen, erübrigt sich.

Es ist daher nicht verwunderlich, wenn bei uns die Frage aufgeworfen wird, ob von echter Stellenlosigkeit und wirklichem Bemühen der «Stellenlosen» um eine Lehrstelle überhaupt gesprochen werden darf.

Die neue Verordnung löst in unserer Region keine Probleme, sondern sie schafft deren neue, zusätzliche und unnötige. Das zeigt, wie wenig durchdacht die erlassenen Abänderungen sind.

Sektion Oberhasli

Verordnung über die Pflichtlektionen

Am 2. Februar sandte die Sektion Oberhasli folgenden Brief an die Erziehungsdirektion des Kantons Bern:

Sehr geehrter Herr Regierungsrat,
Sehr geehrte Herren,

anlässlich der Versammlung der Sektion Oberhasli des BLV vom 19. Januar 1977 wurden die Abänderungen der Verordnung über die Pflichtlektionen der Lehrer ein-

Inhalt – Sommaire

Zum Brief der Primarlehrerschaft der Stadt Thun ...	71
Sektion Oberhasli	71
Kursleiter für Handfertigkeiten-Grundkurse «Holz» und «Kartonage»	72
Handfertigkeiten-Grundkurs «Holz» (1. Teil) und Handfertigkeiten-Grundkurs «Kartonage» (1. Teil)	72
Berichtigung	72
Centre de perfectionnement du corps enseignant	72
Enquête «Formation initiale des enseignants»	73
Mitteilungen des Sekretariates	73
Communications du Secrétariat	73

Es möchte beinahe scheinen, wir seien nicht in der Lage, über unsere Sektionsgrenzen hinwegzudenken. Wir verweisen jedoch auf die Argumente der Sektionen Thun und Interlaken, die wir grösstenteils unterstützen. Aus den genannten Gründen schlagen wir vor, die Verordnung des Regierungsrates, bzw. deren Abänderung vom 3. November 1976 sei rückgängig zu machen und neu zu überdenken.

Wir sind offen für eine Diskussion und gerne bereit, nach besseren Lösungen suchen zu helfen, welche auch unserer Region Nutzen bringen werden.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Der Präsident: J. Hiltbrand
Der Sekretär: Ch. Ninck

Kursleiter für Handfertigkeit-Grundkurse «Holz» und «Kartonage»

Die Zentralstelle für Lehrerfortbildung sucht Kursleiter für die Durchführung eines vierwöchigen Handfertigkeit-Grundkurses «Holz» bzw. eines dreiwöchigen Handfertigkeit-Grundkurses «Kartonage».

Daten

Der 1. Teil der Kurse soll durchgeführt werden in der Zeit von Montag, 28. März bis Donnerstag, 7. April 1977. Der 2. Teil der Kurse wird in den Sommerferien durchgeführt; genaue Daten nach Vereinbarung.

Beide Kurse sind für neupatentierten und stellenlosen Lehrer reserviert, die nach den Frühlingsferien den betreffenden Handfertigkeitunterricht erteilen werden. Weitere Auskunft erteilt die Zentralstelle für Lehrerfortbildung, Sablistrasse 44, 3012 Bern (Telefon 031 244303), welche auch die Anmeldungen entgegennimmt.



Handfertigkeit-Grundkurs «Holz» (1. Teil) und Handfertigkeit-Grundkurs «Kartonage» (1. Teil)

durchgeführt von der Zentralstelle für Lehrerfortbildung der Erziehungsdirektion des Kantons Bern in den Frühlingsferien 1977.

Beide Kurse sind für neupatentierten und stellenlosen Lehrer reserviert, die nach den Frühlingsferien den betreffenden Unterricht erteilen werden.

Der 2. Teil der Kurse wird in den Sommerferien nach Vereinbarung mit den Kursleitern durchgeführt.

Ort: noch unbestimmt.

Daten: Montag, 28. März bis Donnerstag, 7. April 1977. Auf der Anmeldung bitte angeben, wo Sie Handfertigkeitunterricht erteilen werden.

Anmeldungen sind bis 28. Februar 1977 an die Zentralstelle für Lehrerfortbildung, Sablistrasse 44, 3012 Bern zu richten.

(Benützen Sie nach Möglichkeit eine Anmeldekarte der Lehrerfortbildung Bern.)

Berichtigung

Glaubwürdig bleiben (siehe Nr. 6 vom 11. Februar, Seite 66)

Infolge eines Irrtums meinerseits habe ich die Zahlen betreffend Pflichtlektionen in Kurt Vögels Artikel abgeändert. Es muss heissen: «In langwierigen Verhandlungen erreichten die Vertreter des Lehrervereins für Primar- und Sekundarlehrer die Zahl von 28 Lektionen bei 39 Schulwochen.» Bitte entschuldigen!
H. A.

L'Ecole bernoise

Cours et manifestations du mois de mars 1977

- 1.3.2 *Education musicale, 3^e et 4^e année*: MM. H. Monnerat, J.-L. Pétignat, 14 au 19 mars.
- 2.6 *Micro-enseignement*: M. F. Bettex, les 28, 29 et 30 mars, à Yverdon.
- 5.1.1 *Activités créatrices manuelles (AMEEJB)*: M. L. Monnier, mars-avril, à Bienne ou Moutier.
- 4.9.18 *Mathématique. Information sur les programmes de 1^{re} à 4^e année (CIM)*: M. D. Racle, M^{me} J. Worpe et M^{lle} O. Girod, dès le 9 mars, Ecole normale de Bienne.
- 5.3 *Natation (AMEEJB)*: M^{me} N. Girod et M. H. Girod, les 19 et 26 mars, Ecole normale de Bienne.
- 5.12 *Législation et administration scolaire*: M. M. Péquignot, Ecole primaire de la Printanière, Tramelan.

- 5.36.1 *Cuir (ACBMOSJ)*. M^{me} A. Guenat, les 2 et 9 mars, à Tavannes.
- 5.64.1 *Die heute gesprochene deutsche Sprache*: les 3, 4 et 5 mars, à Genève.
- 5.64.12 *Histoire de l'astronomie*: du 4 au 5 mars, à Lausanne.
- 5.64.13 *Archéologie classique et provinciale romaine*: du 30 mars au 1^{er} avril, Avenches, Vidy, Nyon et Genève.
- 5.90.1 *Etude de l'environnement. Nos vieilles fermes (ASPRUJ) (SCH CMESS)*: M. G. Lovis, 23 mars, 30 mars et 6 avril, Tramelan, Les Genevez.
- 5.90.2 *Etude de l'environnement. Nos vieilles fermes (ASPRUJ) (SCH CMEES)*: M. G. Lovis, 9 et 16 mars et 6 avril, Delémont, Les Genevez.
- 5.106.6 *Réalisation vidéo*: M. A. Jolliet, mercredi 16 mars, Ecole normale, Bienne.

- 5.108.11 *Planifier avant d'enseigner. Systèmes socio-techniques et équipes pédagogiques* (cours organisé en collaboration avec le CPS): M. A. Gonthier, les 30 et 31 mars et 1^{er} avril, Saint-Imier ou Tramelan.
- 5.108.12 *Problèmes pratiques concernant l'inadaptation et la délinquance des mineurs*: M^e M. Girardin, 16 mars, Bienne.
Le directeur: W. Jeanneret

Enquête

«Formation initiale des enseignants»

Le dernier numéro de l'«Ecole bernoise» a publié un rapport très fouillé sur le problème de la formation initiale des enseignants. Elaboré par la commission que la SEB a constituée dans ce but en novembre dernier, le document constitue un outil de travail nécessaire à tous ceux et à toutes celles qui réfléchissent au problème si actuel de la formation des enseignants.

Les auteurs du rapport ont tout d'abord tenté de formuler les finalités de la formation initiale des maîtres, puis ont esquissé les contenus d'une telle formation avant de

décrire à grands traits son organisation. Un chapitre est consacré aux structures et un autre au processus permanent de réforme.

Des options bien définies ont été prises par le groupe de travail, un chemin est tracé. A vous, collègues, qui vivez chaque jour la réalité de la classe, de nous dire si la direction envisagée est la bonne.

Vous avez certainement votre idée en la matière. Ne vous bornez pas à la soumettre verbalement à vos collègues. Prenez votre plume et répondez au questionnaire figurant à la fin du document. Vous avez jusqu'au 25 février 1977 pour retourner le questionnaire rempli, totalement ou partiellement au *Secrétariat SEB, Brunneggasse 16, 3011 Berne*. Vos remarques ainsi que vos suggestions seront également très appréciées par la commission.

Votre avis nous est indispensable. De cette façon nous serons mieux à même de poursuivre nos travaux et d'influencer la planification de la formation initiale des enseignants que vient d'entreprendre le groupe de travail de la DIP.

P. Simon

Mitteilungen des Sekretariates

Besprechung mit der Erziehungsdirektion

Dienstag, den 18. Januar 1977, 14.15–16.30 Uhr

Teilnehmer

Von der Erziehungsdirektion: Herr Regierungsrat Kohler und die Herren Urs Kramer, Hans-Ulrich Bratschi, Hanspeter Riesen und Christoph Geiser. Vom BLV: Frau Dora Bühlmann, Fräulein Judith Imer und die Herren Hans Perren, Hans Frey, Claude Frey, Hans Grütter, Hanspeter Schüepp, Moritz Baumberger und Paul Simon.

1. Reform der Primarlehrerbildung

Einleitend wies der Erziehungsdirektor auf die im Amtlichen Schulblatt veröffentlichte Zusammenfassung der Vernehmlassungsergebnisse zum Bericht «Lehrerbildung im Kanton Bern» hin. Die beiden Projektleiter Merazzi und Wyss werden nun zusammen mit je einer Arbeitsgruppe und einer grossen Zahl von Fachgruppen die Vorschläge für die innere Ausgestaltung der fünfjährigen Initialausbildung erarbeiten. Der BLV kann Lehrervertreter in alle Gruppen vorschlagen und auch durch seine eigene Arbeitsgruppe auf die Weiterarbeit Einfluss nehmen.

Für das Planen der Weiterbildungsphase ist ein neuer Regierungsratsbeschluss nötig. Der Entwurf dazu war Gegenstand von Besprechungen zwischen den verschiedenen beteiligten Interessengruppen.

Dank offener und konstruktiver Zusammenarbeit zwischen dem Amt für Unterrichtsforschung und dem BLV konnte ein Text gefunden werden, welcher den noch

Communications du Secrétariat

Compte rendu de la séance avec la Direction de l'instruction publique

du mardi 18 janvier 1977, 14 h. 15 à 16 h. 30

Participants

Direction de l'instruction publique: M. le Conseiller d'Etat S. Kohler, MM. Urs Kramer, Hans-Ulrich Bratschi, Hanspeter Riesen et Christoph Geiser. De la SEB: M^{me} Dora Bühlmann, M^{lle} Judith Imer et MM. Hans Perren, Hans Frey, Claude Frey, Hans Grütter, Hanspeter Schüepp, Moritz Baumberger et Paul Simon.

1. Réforme de la formation des enseignants primaires

En guise de préambule, le directeur de l'instruction publique signale la publication prochaine dans la Feuille officielle scolaire d'une synthèse des résultats de la procédure de consultation sur le rapport «Formation des enseignants dans le canton de Berne». Il appartiendra maintenant aux deux responsables des projets, MM. Merazzi et Wyss, chacun travaillant avec un groupe de travail et un grand nombre de groupes spécialisés de maîtres de branches, d'élaborer des propositions pour la structuration interne de la formation initiale prolongée à cinq ans. La SEB peut déléguer des représentants dans tous les groupes et peut également avoir une certaine influence sur la planification ultérieure par l'intermédiaire de son propre groupe de travail.

Un nouvel Arrêté du Conseil exécutif est nécessaire pour la planification de la phase de formation complémentaire. Un projet d'Arrêté a d'ailleurs été l'objet de discussions entre les principaux groupements intéressés.

sehr unterschiedlichen Auffassungen gerecht wird. Wir hoffen, dass auch die Regierung ihm zustimmen kann.

Hans Perren brachte auch noch den Regierungsratsbeschluss zur Sprache, der die Planung von Semesterkursen für amtierende Lehrer ermöglicht. Der BLV hätte es begrüsst, wenn er auch dazu hätte Stellung nehmen können. Zu Recht wies Urs Kramer darauf hin, dass der BLV durch seine Vertreter in der vorberatenden Kommission an der Ausarbeitung beteiligt war und Einfluss nehmen konnte.

2. Reform der Arbeitslehrerinnenausbildung

Weil die Arbeitslehrerinnenausbildung in einem Reglement geordnet ist, genügt für ihre Reform ein Regierungsratsbeschluss. Ihre Neugestaltung steht seit 1970 zur Diskussion. Die ausgearbeiteten Anträge für die Neuordnung werden der Regierung nächstens vorgelegt. Es ist beabsichtigt, mit der erneuerten und verlängerten Ausbildung im Frühjahr 1978 zu beginnen.

Frau Dora Bühlmann, Präsidentin des Kantonalen Verbandes Bernischer Arbeitslehrerinnen, gab ihrer Freude über den Gang der Geschäfte Ausdruck und dankte den verantwortlichen Behörden für ihre Arbeit.

Der welsche Kantonsteil ist durch die Reglementsänderung nicht betroffen. Seine bisherige Arbeitslehrerinnenausbildung entspricht den neuen Formulierungen.

3. Revision PSG/MSG

Die Vernehmlassung zu den Vorschlägen der ED für eine Revision von Primar- und Mittelschulgesetz ergab im ganzen ein relativ günstiges Resultat. Der Erziehungsdirektor dankte dem BLV und besonders dem Präsidenten von dessen Spezialkommission, Hanspeter Schüepp, Präsident des Bernischen Gymnasiallehrervereins, für die sehr gründliche und nützliche Eingabe.

Das ganze Revisionspaket soll nun überarbeitet werden. Zu diesem Zweck wird Kurt Vögeli, ehemaliger BLV-Präsident, teilweise vom Schuldienst freigestellt. Er soll bei seiner Arbeit von einer Arbeitsgruppe unterstützt werden. Es ist vorgesehen, dass der BLV darin vertreten sein wird.

Moritz Baumberger wies darauf hin, dass auch die BLV-Kommission weitergearbeitet hat und stellte einen Schlussbericht mit Anträgen für eine langfristige Reform in Aussicht.

4. Klasseneröffnung und -schliessung

Trotz stark sinkenden Schülerzahlen wird die Zahl der Klassen im Kanton Bern nicht vermindert. Auf den 1. April 1977 sind über 30 Klassen innerhalb der obligatorischen Schulzeit neu eröffnet worden. Nach dieser Einleitung des Erziehungsdirektors zeigte Hans Perren, wie im einzelnen trotz des guten Willens der ED manchmal unbefriedigende Zustände entstehen. In der einen Gemeinde wollte man aufgrund rein rechnerischer Überlegungen eine Parallelklasse schliessen, in einer anderen durch mehrfaches Verschieben von Schülern aus dem einen Schulhaus in andere das Aufteilen von 41 Unterstufenschülern in zwei Klassen und damit eine Neueröffnung verhindern. Unser Ziel bei der Bekämpfung der Stellenlosigkeit müsse es sein, den jungen Lehrern Praxiserfahrung in einer eigenen Klasse zu ermöglichen.

Grâce à la collaboration ouverte et constructive qui s'est instaurée entre l'Office de planification et de recherche en matière pédagogique et la SEB, on a pu trouver un texte qui tienne compte des conceptions parfois très différentes des deux parties. Nous espérons que le gouvernement pourra également l'approuver.

Hans Perren évoque également l'Arrêté du Conseil exécutif qui permet la planification de cours semestriels à l'intention des enseignants titulaires d'une classe. La SEB aurait souhaité pouvoir également prendre position sur ce document. C'est avec raison que Urs Kramer indique alors que la SEB a pu prendre part à son élaboration grâce à ses représentants dans la commission de perfectionnement et donc avoir une certaine influence.

2. Réforme de la formation des maîtresses d'ouvrages

La formation des maîtresses d'ouvrages étant définie dans un Règlement, un Arrêté du Conseil exécutif suffit pour décider d'une réforme. La nouvelle conception est en discussion depuis 1970. Les propositions qui viennent d'être élaborées pour la révision de cette formation seront présentées prochainement au gouvernement. On prévoit de faire débiter la formation rénovée et prolongée au printemps 1978.

M^{me} Dora Bühlmann, présidente de l'Association cantonale des maîtresses d'ouvrages, se réjouit que cette affaire ait été menée à terme et exprime sa reconnaissance aux autorités pour le travail accompli.

La partie francophone du canton n'est pas concernée par la modification du Règlement, la formation actuelle des maîtresses d'ouvrages correspondant déjà aux nouvelles dispositions.

3. Révision des lois scolaires (LEP/LEM)

La procédure de consultation concernant les propositions de la DIP pour une révision des lois sur l'école primaire et sur les écoles moyennes a eu un résultat relativement favorable. Le directeur de l'instruction publique remercie la SEB et plus spécialement Hanspeter Schüepp, président de la Société des professeurs de gymnase, qui préside la commission spéciale mise en place à cette occasion, pour la requête très solide et très utile qu'elle lui a adressée.

Il s'agit maintenant de revoir en détail l'ensemble des propositions de révisions. A cet effet, Kurt Vögeli, ancien président de la SEB, sera libéré partiellement de son enseignement. On a l'intention de lui adjoindre un groupe de travail. Il est prévu que la SEB soit également représentée dans cet organe.

Moritz Baumberger indique encore que la commission de la SEB a poursuivi son travail dans ce domaine et a établi un rapport final contenant des propositions pour une réforme à long terme.

4. Ouvertures et fermetures de classes

Malgré la forte diminution du nombre d'élèves, le nombre de classes dans le canton de Berne ne diminuera pas. Au contraire, au 1^{er} avril 1977, 30 classes de plus de la scolarité obligatoire auront été ouvertes. Après cette introduction du Directeur de l'instruction publique, Hans Perren montre comment, dans certains cas, des situations déplaisantes peuvent parfois surgir malgré la

Hanspeter Riesen erklärte, dass die ED neben pädagogischen, organisatorischen und lokalen Bedürfnissen auch finanzielle Aspekte berücksichtigen müsse und dass man den Sparwillen anerkennen sollte. Im ersten erwähnten Fall habe man nach der genauen Überprüfung der Situation von einer Klassenschliessung abgesehen, der zweite Fall sei der ED gar nie vorgelegt worden. Wiedererwägungsgesuche zu ablehnenden Stellungnahmen oder ablehnenden Entscheiden können auf dem Dienstweg eingereicht werden.

Erziehungsdirektor Kohler bestätigte die Bereitschaft der ED, Meldungen des BLV über Sonderfälle im Bezug auf Klasseneröffnungen und -schliessungen gründlich zu überprüfen. Er kam dann auf die Motion Hamm zu sprechen, welche durch das Fixieren von Normzahlen das schematische Denken verstärkte und die heute mögliche Flexibilität einschränke.

Moritz Baumberger wies darauf hin, dass die Stellungnahme der Abgeordnetenversammlung des BLV zur Motion Hamm diese in ihrer Zielsetzung unterstütze, aber auch deutlich mehrere Vorbehalte zum Ausdruck bringe. Der BLV lehnt starre und schematische Lösungen ab, weil immer auch örtliche und persönliche Umstände zu beachten sind. Wichtig ist ihm aber das Ziel, die allzugrossen Klassen möglichst rasch zum Verschwinden zu bringen.

5. Zusatzlektionen

Die Erziehungsdirektion ist von der heftigen Reaktion auf die Änderung der Verordnung über die Pflichtlektionen beunruhigt. Der Erziehungsdirektor erklärte noch einmal, dass die ED zur Herabsetzung der bewilligungsfrei erteilbaren Zusatzlektionenzahl gezwungen war, dass aber für begründete Fälle die Möglichkeit zur Erteilung von Ausnahmegewilligungen durch den Inspektor bestehe. Andererseits wird von der amtierenden Lehrerschaft Solidarität erwartet.

Hans Perren erklärte, dass Ende Januar mit einer Präsidentenkonferenz eine Umfrage des BLV beginne, durch welche die Diskussion versachlicht werden soll. Er erachtet es als möglich, dass die Beschränkung der Zusatzlektionen für die Schule negative Folgen hat. Bis jetzt aber hat der BLV seine bisherige Politik in dieser Frage noch nicht geändert. Die ED wird über die Ergebnisse unserer Umfrage orientiert werden.

Die Vertreter der ED wiesen darauf hin, dass es nicht nur um eine Massnahme gegen die Stellenlosigkeit geht, sondern unabhängig davon um die Arbeitsbelastung der Lehrer überhaupt. In bezug auf die Bekämpfung der Stellenlosigkeit sei die ED für alle guten Vorschläge dankbar. Bis jetzt habe aber noch niemand eine Patentlösung gefunden. Ob die durch den Abbau der Zusatzlektionen geschaffenen neuen Lehrstellen mehr positive oder mehr negative Auswirkungen haben werden, hänge vor allem davon ab, wie die entstehenden neuen Probleme in der Schule und von den amtierenden Lehrern gelöst werden.

Es ist ungerecht, heute von Fehlplanung durch die ED zu sprechen. Als die jetzt austretenden Lehrer ins Seminar aufgenommen wurden, herrschte noch gravierender Lehrermangel, war noch die Notstandsmassnahme des Landeinsatzes der Seminaristen nötig, verliessen noch Hunderte von Lehrern freiwillig den bernischen Schuldienst. Heute ist es ganz anders, und in kurzer Zeit kann sich die Situation wieder völlig ändern.

bonne volonté de la DIP. Dans une commune, on voulait fermer une classe parallèle sur la base de considérations purement mathématiques. Ailleurs, afin d'éviter l'ouverture d'une nouvelle classe, on voulait, après avoir déplacé à plusieurs reprises les élèves d'une école dans une autre, répartir les 41 élèves du degré inférieur dans 2 classes. Notre but dans la lutte contre la pléthore devrait être de permettre aux jeunes enseignants de «se faire la main» dans leur propre classe.

Hanspeter Riesen déclare alors que la DIP doit tenir compte, en plus des contraintes dues à l'organisation scolaire, et des nécessités pédagogiques et locales, des aspects financiers de la question de même que de la volonté d'épargne des autorités. Dans le premier cas, après examen approfondi de la situation, on a évité la fermeture d'une classe; le deuxième cas n'a jamais été soumis à la DIP. Il est évident que des demandes de reprises en considération de cas lors de prises de position ou de décisions négatives peuvent toujours être adressées à la DIP par la voie de service.

Le directeur de l'instruction publique Kohler confirme que la DIP est prête à examiner avec soin toutes les réclamations de la SEB ayant trait à des cas particuliers anormaux ou à des décisions malheureuses se rapportant à des fermetures ou à des ouvertures de classes. Il évoque ensuite la motion Hamm qui, par la fixation de nombres de référence, rend le système beaucoup trop rigide et restreint ainsi la souplesse qui est de mise aujourd'hui.

Moritz Baumberger rappelle à cet effet que la prise de position de l'Assemblée des délégués de la SEB accorde son soutien à la motion Hamm, ceci uniquement pour le principe, mais qu'elle émet également clairement plusieurs réserves. La SEB est opposée à des solutions rigides et schématiques, estimant toujours que des circonstances locales et personnelles doivent être prises en considération. Le but le plus important lui paraît être la suppression rapide des classes à effectif trop grand.

5. Leçons supplémentaires

La Direction de l'instruction publique s'inquiète de la violente réaction qui a suivi la modification de l'Ordonnance fixant le nombre de leçons obligatoires des enseignants. Le Directeur de l'instruction publique déclare à nouveau que la DIP a été contrainte de réduire le nombre des leçons supplémentaires pouvant être données sans dérogation mais qu'elle est décidée à examiner chaque cas avec compréhension et à agir en conséquence et que la possibilité d'obtenir des dérogations de l'inspecteur existe. La DIP attend des enseignants en place qu'ils manifestent un esprit de solidarité.

Hans Perren déclare alors qu'à la fin de janvier, à l'occasion d'une conférence des présidents, la SEB lancera une enquête qui devrait permettre une discussion objective du problème. Il considère qu'il est possible que la limitation du nombre des leçons supplémentaires ait des conséquences négatives pour l'école. Jusqu'à présent, la SEB n'a pas encore modifié sa politique actuelle en la matière. La DIP sera informée des résultats de ladite enquête.

Les représentants de la DIP insistent sur le fait qu'il ne s'agit pas seulement d'une mesure destinée à lutter contre la pléthore, mais indépendamment de ce fait, surtout d'un allègement du pensum des enseignants. La DIP attend avec intérêt toutes les bonnes propositions qui

Es besteht kein Recht der Patentierten auf eine Lehrstelle. Aber das praktische Monopol des Staates als Ausbildner und Arbeitgeber verpflichtet diesen doch zur Hilfe für die Stellenlosen.

6. Massnahmen gegen die Stellenlosigkeit

Christoph Geiser, der Beauftragte der ED zur Bekämpfung der Stellenlosigkeit, hat einen zwanzigseitigen Bericht ausgearbeitet, welcher der Regierung und dem Grossen Rat unterbreitet werden soll. Darin wird nachgewiesen, wie komplex das Problem des Lehrbedarfs und der Bedarfsprognosen ist. So gibt es gegenwärtig rund 4000 patentierte bernische Primarlehrer und -lehrerinnen, die ihren Beruf nicht ausüben. Wozu werden sie sich nächstes Jahr entschliessen?

Die Umfrage vom letzten Herbst hat ergeben, dass die stellenlosen Junglehrer nicht einfach tatenlos blieben und Arbeitslosenunterstützung bezogen, sondern sehr aktiv waren. Im nächsten Frühling werden voraussichtlich mehrere hundert Lehrer ohne Lehrstelle sein. Die Erziehungsdirektion hat ein vielseitiges Massnahmenpaket vorbereitet. Im Vordergrund steht der Einsatz von Stellenlosen als Stellvertreter für beurlaubte Lehrer (Fortbildungskurse, Entwicklung von Unterrichtseinheiten, Lehrplanarbeiten).

Daneben steht eine grosse Zahl von weiteren Projekten, aber auch eine Senkung des Pensionierungsalters, die Verringerung der Zahl von Aufnahmen ins Seminar usw. zur Diskussion.

Hanspeter Schüepp wies darauf hin, dass die meisten der vorgesehenen Massnahmen den Verhältnissen an den Gymnasien wenig angemessen seien. Er wünschte, dass nun das seit langem diskutierte «Sabbat-Semester» möglich werde.

7. Nächste Besprechung: 8. März 1977 um 14.30 Uhr

Die Erziehungsdirektion erwartet unsere Themenvorschläge bis zum 25. Februar 1977.

Dieser Bericht wurde vor der Drucklegung den Beteiligten unterbreitet.

Der Berichterstatter: *Moritz Baumberger*

Der Alkohol im Strassenverkehr

Entzüge von Führerausweisen

Jahr	sämtliche Entzüge	wegen Angetrunktheit
1963/1965	13 641	5 556 oder 40,7%
1966/1970	16 699	6 770 oder 40,5%
1971/1975	20 600	9 060 oder 44,0%
1971	18 707	8 314 oder 44,4%
1972	21 181	9 221 oder 43,3%
1973	20 408	8 850 oder 43,4%
1974	20 661	9 244 oder 44,7%
1975	21 943	9 671 oder 44,1%

(Nach Eidg. Statistischem Amt)

sont de nature à contribuer à surmonter la pléthore. Jusqu'à présent personne n'a encore trouvé une solution brevetée. Quant à savoir si les nouveaux postes créés par la cession de leçons supplémentaires auront des répercussions positives ou négatives, cela dépend avant tout de la façon dont les nouveaux problèmes qui surgiront dans l'école auront été résolus par les maîtres titulaires.

Il est injuste de parler de mauvaise planification de la DIP. Lorsque les maîtres qui sortent actuellement des écoles normales ont été acceptés, une grave pénurie régnait encore, on devait encore avoir recours à la mesure exceptionnelle de libération prématurée des normaliens, des centaines d'enseignants quittaient volontairement l'enseignement bernois. Aujourd'hui la situation est toute différente et elle peut à nouveau être complètement modifiée.

Les diplômés n'ont aucun droit à un poste de travail. Pourtant le quasi-monopole de l'Etat en tant que formateur et employeur l'oblige à accorder une certaine aide aux sans place.

6. Mesures destinées à lutter contre la pléthore

Le responsable de la DIP en matière de lutte contre la pléthore des enseignants, Christoph Geiser, vient de mettre au point un rapport de vingt pages qui doit être soumis au gouvernement et au Grand Conseil. Le rapport montre combien est complexe le problème de la prévision des besoins en enseignants. Ainsi il existe actuellement environ 4000 enseignants bernois diplômés qui n'exercent pas leur profession. Comment se détermineront-ils l'année prochaine?

L'enquête faite l'automne dernier a établi que les jeunes enseignants sans place ne sont pas restés inactifs en se contentant de toucher les indemnités de chômage, bien au contraire. Le printemps prochain on comptera vraisemblablement plusieurs centaines de maîtres sans places. La Direction de l'instruction publique a préparé un ensemble de mesures variées. En premier lieu on prévoit de donner la possibilité aux sans place d'effectuer des remplacements de maîtres titulaires mis au bénéfice d'un congé (cours de perfectionnement, établissement d'unités d'enseignement, travaux de planification).

On prévoit en outre un grand nombre d'autres projets, mais on discutera également du problème de l'abaissement de l'âge de la retraite et de la diminution du nombre des admissions dans les écoles normales.

Hanspeter Schüepp signale ensuite que la plupart des mesures envisagées sont très peu appropriées aux conditions des gymnases. Il souhaite que l'on envisage sérieusement la possibilité d'instaurer le «semestre-sabbatique» dont on discute depuis si longtemps.

7. Prochaine rencontre: 8 mars 1977 à 14 h. 30

La Direction de l'instruction publique attend nos propositions pour des sujets de discussion jusqu'au 25 février 1977.

Ce compte-rendu a été soumis aux personnes concernées avant son impression.

Le responsable: *Moritz Baumberger*

Adaptation française: *Paul Simon*

Staatsanleihen

Volksabstimmung vom 13. März 1977

Der Übergang von der «Wachstumswirtschaft» der vergangenen Hochkonjunktur in die vielzitierte «Talsole» der Rezession bringt nicht nur einzelnen Unternehmungen und ihren Angestellten Schwierigkeiten, sondern fordert auch ausgleichende Massnahmen des Staates.

Das Berner Volk hat am 13. März darüber abzustimmen, ob der Regierungsrat ermächtigt werden soll, Anleihen bis zum Betrag von 300 Millionen Franken aufzunehmen. Einem ähnlichen Beschluss ist 1972 zugestimmt worden. Die damals bewilligten Mittel werden im Laufe dieses Jahres aufgebraucht sein, die neuen sollen der Regierung für die nächsten 3-4 Jahre eine konjunkturgerechte Finanzpolitik ermöglichen.

Worum geht es?

Gegenwärtig gehen in der Wirtschaft laufend Arbeitsplätze verloren. Gleichzeitig treten die grössten Jahrgänge ins Erwerbsleben ein. Es wird wenig investiert und vermehrt gespart. Dadurch gibt es weniger Arbeit, und eine grosse Geldmenge drückt auf die Zinssätze. Das wiederum verringert die Zinserträge der Kapitalien der grossen Sozialwerke. Andererseits verkleinern die geringeren Gewinne der Wirtschaft und die geringeren Lohnsummen die Steuereinnahmen des Staates und der Gemeinden, so dass auch diese ihre Tätigkeit einschränken müssten. Die Folge wäre, dass es noch weniger Arbeit und noch weniger Geldumlauf gäbe.

Wenn man diesen Teufelskreis durchbrechen will, so muss die öffentliche Hand eine antizyklische Ausgaben- und Investitionspolitik betreiben, d. h., sie muss bei gedämpfter Wirtschaftstätigkeit durch eigene Aufträge und durch Beiträge an private Projekte Arbeit schaffen und damit den Geldumlauf stärken. Die Mittel dazu erhält der Staat aber nur durch die Aufnahme von Anleihen.

Angesichts der Bedeutung der Vorlage und ihrer Auswirkungen auf die Rahmenbedingungen der Schule empfiehlt der Kantonalvorstand des Bernischen Lehrervereins seinen Mitgliedern für die Abstimmung vom 13. März 1977 das JA.

Kantonalvorstand BLV

Familie und Alkoholismus

Prof. Dr. P. Kielholz, Direktor der Psychiatrischen Universitätsklinik, Basel, stellte in einem Jahresbericht fest: «Der Alkoholismus bedingt nicht nur körperliche und psychische Schädigungen, sondern stellt auch eine Familienkrankheit dar. Durch die Bedrohungen, Spannungen, Szenen und tätlichen Auseinandersetzungen mit dem berauschten alkoholkranken Familienglied wird die ganze Familie psychisch geschädigt. Bei den Kindern, die in einem solchen Milieu heranwachsen, fehlen die Geborgenheit und Sicherheit, aber auch die Leitbilder, welche Voraussetzung für eine gesunde Entwicklung sind.»

SFA

Emprunts d'Etat

Votation populaire du 13 mars 1977

Le passage de l'«économie de croissance» des années de haute conjoncture à la période de récession que nous vivons actuellement n'amène pas des difficultés qu'aux entreprises privées et à leurs employés, mais il exige également de l'Etat des mesures compensatoires.

Le 13 mars, le peuple du canton de Berne devra dire s'il autorise le Conseil exécutif à contracter des emprunts d'un montant de 300 millions de francs. Une telle autorisation avait été accordée en 1972. Les moyens accordés à cette époque seront épuisés dans le courant de cette année. Les nouveaux moyens doivent permettre au gouvernement d'appliquer une politique financière appropriée à la conjoncture pour les prochaines 3 à 4 années.

De quoi s'agit-il?

Actuellement l'économie perd de plus en plus de places de travail. Pourtant ce sont les plus fortes volées de jeunes qui entrent pendant ce temps dans la vie active. On investit de moins en moins et on économise de plus en plus. D'où la diminution du travail et l'augmentation de la masse d'argent qui pèse sur les taux d'intérêts. Cela diminue à nouveau les produits des intérêts des capitaux des grandes institutions sociales. D'autre part, les gains moins importants de l'économie et les salaires plus faibles des contribuables font diminuer les recettes fiscales de l'Etat et des communes, de telle sorte que ceux-ci doivent également restreindre leurs activités. La suite logique: encore moins de travail, encore moins de circulation monétaire.

Si l'on désire rompre ce cercle infernal, les pouvoirs publics doivent promouvoir une politique de dépenses et d'investissements anticyclique, c'est-à-dire qu'ils doivent, par leurs propres projets ou en contribuant à des projets privés, donner du travail à une économie sérieusement ralentie et ce faisant, renforcer la circulation monétaire. L'Etat ne peut obtenir les moyens d'intervenir que par l'émission d'emprunts.

Vu l'importance du projet et ses répercussions sur les circonstances dans lesquelles se réalise l'école, le Comité cantonal de la Société des enseignants bernois recommande à ses membres de voter OUI le 13 mars 1977.

Le Comité cantonal SEB

Déclaration d'impôt 1977

Chacun vient de recevoir des autorités communales sa déclaration d'impôt (1977/78) avec les différentes formules intercalaires. La déclaration d'impôt doit être remplie et retournée au bureau d'impôt de la commune de domicile (en général le secrétariat communal) jusqu'au 15 mars 1977. Celui qui, pour une raison ou pour une autre, n'a reçu aucune formule doit réclamer ce matériel. En effet personne n'est délié de l'obligation de remettre sa déclaration d'impôt pour une raison de ce genre. Au contraire, il risque d'encourir les suites légales prévues en cas de mise en péril du recouvrement de l'impôt ou de fraude fiscale. On peut obtenir gratuitement un double des formules si elles n'ont pas été envoyées. Le double est utile pour l'établissement de sa déclaration: on le conserve et on peut retrouver facilement toutes les indications voulues en cas de contrôle ultérieur.

Les explications nécessaires se trouvent dans le *Guide 1977/1978* que chacun reçoit en même temps que sa déclaration. Le Guide est basé sur les expériences faites durant de nombreuses années par l'autorité de taxation. Contrairement au Guide 1975/1976, il ne contient pas beaucoup d'innovations; celles-ci sont mentionnées par des traits verticaux marginaux. La marche à suivre est décrite dans le chapitre «Remarques préliminaires» et pratiquement on n'arrive pas à remplir sa déclaration correctement sans étudier le Guide.

Les impôts sont dus pour les années 1977 et 1978 (période de taxation) et non pas pour les années précédentes. Ils se calculent néanmoins en principe d'après le revenu des deux années précédentes (période de calcul par opposition à la période de taxation). Cela s'explique par des raisons d'ordre pratique. En effet le revenu des années précédentes est connu et seuls les cas d'interruption d'activité ou de début d'activité lucrative dans le canton de Berne constituent l'exception. Dans ces cas, le revenu prévisible sera pris comme base et indiqué dans la déclaration d'impôt (imposition actuelle, Guide Chiffre II, 2: Cas spéciaux 1 à 6, page 6 et ss.). Il en va de même lors du passage de l'activité indépendante à une activité dépendante (un indépendant qui entre dans l'enseignement).

Les époux sont toujours taxés en commun, dans la déclaration du mari, indépendamment du fait que l'épouse reçoit un gain propre (Guide, chiffre 8, page 28).

Pour l'obtention d'un revenu provenant d'une *activité accessoire* (Guide, chiffre 6, page 23) l'activité d'un enseignant fonctionnant comme organiste, directeur, secrétaire communal, etc. constitue une activité lucrative dépendante, par contre l'enseignement privé est considéré comme une activité lucrative indépendante. Cela est important pour la fourniture des attestations de salaires et les déductions.

Pour les *déductions sur le revenu* (Guide, chiffres 16 et 17, pages 37 et ss.) de même que pour les *déductions personnelles*, (Guide, chiffre 22, pages 45 et ss.), l'imposition sera adaptée aux conditions économiques du contribuable. Ainsi les frais d'obtention d'un revenu provenant d'une activité principale ou accessoire peuvent être

déduits, qu'il s'agisse d'une activité lucrative dépendante ou indépendante. Pour les déductions des frais d'obtention du revenu résultant d'une activité dépendante, c'est le cas des enseignants, il y a lieu de remplir la formule intercalaire 7. Le Guide ainsi que la formule intercalaire donnent les explications suffisantes. Comme c'était déjà le cas lors de la dernière déclaration, le contribuable peut déduire les frais d'une chambre de travail privée pour autant qu'il puisse prouver qu'il l'utilise principalement et régulièrement pour son activité professionnelle (Guide, chiffre 17.6, page 42). Cette dépense se calcule d'après la part de la chambre à la valeur locative de l'ensemble des pièces de l'appartement ou de la maison familiale. Il y a donc lieu d'examiner si, pour les impôts d'Etat et de commune, la déduction en pour cent n'est pas plus favorable. Ces différentes déductions pour frais d'obtention du revenu ne peuvent être cumulées. Pour une activité accessoire indépendante, contrairement à ce qui vient d'être dit, les frais effectifs d'obtention du revenu peuvent être déduits. Pour l'impôt de la défense nationale entrent en ligne de compte les frais effectifs d'obtention du revenu. Toutefois une déduction forfaitaire globale de Fr. 1000.— est admise sans justification spéciale, aussi bien pour le mari que pour la femme qui exerce une activité lucrative. La lecture attentive du Guide et de la feuille intercalaire 7 précisera bien tous les détails. Ceci vaut également pour les déductions personnelles.

Les feuilles intercalaires 4 et 5 (Guide, chiffres 10 et 11, pages 30 et ss., chiffres 26 à 34, pages 50 et ss.) renseignent sur les indications à donner à propos de *la fortune et du revenu provenant des immeubles et des titres*.

A l'aide des *tableaux* figurant à la fin du Guide, on peut calculer sa charge fiscale. Il s'ensuit une progression pour les revenus et les fortunes plus importantes. La décision officielle suivra avec la *notification de taxation* contre laquelle on peut à la rigueur former opposition dans un délai de 30 jours. Cette opposition est la condition requise pour un éventuel recours ultérieur ou une plainte.

Secrétariat SEB

Redaktion: Hans Adam, Olivenweg 8, 3018 Bern/Postfach, Telefon 031 56 03 17.

Alle den Textteil betreffenden Einsendungen, ob für die Schweizerische Lehrerzeitung oder das Berner Schulblatt bestimmt, an die Redaktion.

Bestellungen und Adressänderungen an das Sekretariat des BLV, Brunneggasse 16, 3011 Bern, Telefon 031 22 34 16, Postcheck 30-107 Bern.

Redaktor der «Schulpraxis»: H.-R. Egli, 3074 Muri bei Bern, Breitenstrasse 13, Telefon 031 52 16 14.

Druck: Eicher & Co., Postfach 1342, 3001 Bern.

Rédaction pour la partie française: Paul Simon, rue des Sommètres 15, 2726 Saignelégier, téléphone 039 51 17 74.

Prière d'envoyer ce qui concerne la partie rédactionnelle (y compris les livres) au rédacteur.

Pour les changements d'adresses et les commandes, écrire au Secrétariat de la SEB, Brunneggasse 16, 3011 Berne, téléphone 031 22 34 16, chèques postaux 30-107 Berne.

Impression: Eicher & Co., Case postale 1342, 3001 Berne.